



Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat Dresden

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dr.-Külz-Ring 19
01067 Dresden
Tel.: 0351 4882699
Fax: 0351 4883026
gruene-fraktion@dresden.de
www.gruene-fraktion-dresden.de

Antrag Nr.: A0756/13
Datum: 28.06.2013

A N T R A G

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gegenstand:

Auswertung Hochwasserereignisse Juni 2013

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt,

1. in allen Ortsamtsbereichen und den betroffenen Ortschaften Einwohnerversammlungen zur Auswertung der Hochwasserereignisse vom Juni 2013 durchzuführen. Auf diesen sollen neben dem konkreten Verlauf auch Fragen zu Informationsfluss und -wahrnehmung, zur Organisation und den Grenzen von Hilfe und Selbsthilfe, zum Funktionieren von Infrastruktur und Rettungswegen, aber auch besondere Schadensvorkommnisse diskutiert werden. Seitens der Stadtverwaltung sind entsprechende Vertreter des Umweltamtes, des Katastrophenschutzamtes sowie des Büros der Oberbürgermeisterin zu entsenden. Zur Beschleunigung des Verfahrens können diese in Abstimmung mit dem Büro der Oberbürgermeisterin vom zuständigen Ortsamtsleiter einberufen und geleitet werden, ohne dass sie ihre Verbindlichkeiten entsprechend § 22 SächsGemO verlieren.
2. den Bürgerinnen und Bürgern eine Möglichkeit zu geben, ihre Anmerkungen zu den unter Pkt. 1 benannten Themen und anderen aufgetretenen Problemen online und postalisch geben zu können.
3. in die Auswertung der Ereignisse auch die online auf verschiedenen Plattformen gesammelten Kritiken und Anregungen (z. B. Helferkritik) einzubeziehen.
4. parallel dazu eine unabhängig moderierte offene Auswertung der Kommunikationswege mit den Hauptakteuren im Netz, mit Vertretern öffentlicher Medien und der Stadtverwaltung in die Wege zu leiten. Als organisatorisches Vorbild kann hierfür der Runde Tisch Schulnetzplanung dienen.

Beratungsfolge

Ältestenrat		nicht öffentlich	beratend
Dienstberatung der Oberbürgermeisterin		nicht öffentlich	beratend
Ortsbeirat Altstadt		öffentlich	beratend
Ortsbeirat Blasewitz		öffentlich	beratend
Ortsbeirat Cotta		öffentlich	beratend
Ortsbeirat Klotzsche		öffentlich	beratend
Ortsbeirat Leuben		öffentlich	beratend
Ortsbeirat Loschwitz		öffentlich	beratend
Ortsbeirat Neustadt		öffentlich	beratend
Ortsbeirat Pieschen		öffentlich	beratend
Ortsbeirat Plauen		öffentlich	beratend
Ortsbeirat Prohlis		öffentlich	beratend
Ortschaftsrat Altfranken		öffentlich	beratend
Ortschaftsrat Cossebaude		öffentlich	beratend
Ortschaftsrat Gompitz		öffentlich	beratend
Ortschaftsrat Langebrück		öffentlich	beratend
Ortschaftsrat Mobschatz		öffentlich	beratend
Ortschaftsrat Oberwartha		öffentlich	beratend
Ortschaftsrat Schönborn		öffentlich	beratend
Ortschaftsrat Schönfeld-Weißig		öffentlich	beratend
Ortschaftsrat Weixdorf		öffentlich	beratend
Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau		nicht öffentlich	beratend
Kleingartenbeirat		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Umwelt und Kommunal- wirtschaft		nicht öffentlich	beratend (federführend)
Stadtrat		öffentlich	beschließend

Begründung:

Mit dem Rückgang des Wassers haben nicht nur die Aufräumarbeiten und Schadensbeseitigungen, sondern auch die Auswertung der Erfahrungen dieser neuerlichen Flutkatastrophe begonnen, in den Verwaltungsstellen ebenso wie unter den Bürgerinnen und Bürgern und in den Medien. Für die Einreicher dieses Antrages ist es unerlässlich, dass diese Bilanzierung und Auswertung ehrlich, umfassend und unter größtmöglicher Beteiligung stattfindet. Es muss darum gehen, die Ereignisse und Erfahrungen und damit auch Schwachstellen im derzeitigen System ortsgebunden, sachlich und unter einer möglichst breiten Beteiligung der Akteure und Betroffenen auszuwerten. Die Federführung für die Auswertung kann dabei weder bei einzelnen politischen Akteuren noch bei freiwilligen losen Zusammenschlüssen von engagierten Dresdnerinnen und Dresdnern (Beispiel „Helferkritik“) liegen. Sie muss von der Oberbürgermeisterin bzw. den von ihr beauftragten leitenden Verwaltungsmitarbeitern wahrgenommen werden. Deswegen fordert der Antrag verbindliche Einwohnerversammlungen auf Ortsamtsebene. Dies ist nach Meinung der einreichenden Fraktion das geeignetste und verbindlichste Instrument. Auf den Einwohnerversammlungen können neben dem konkreten Verlauf auch Fragen zum Informationsfluss, der Informationswahrnehmung, zur Organisation und zu Grenzen von Hilfe und Selbsthilfe, zum Funktionieren von Infrastruktur, Rettungswegen, aber auch besondere

Schadensvorkommnisse diskutiert werden. Warum konnten wiederum viele Laubegaster große Teile ihres Mobiliars nicht retten, obwohl die zu erwartenden Pegelstände bekannt gegeben wurden? Welche Wirkung hatte die Bebauung in einzelnen Kleingärten im Überschwemmungsgebiet bzw. ihr Herauslösen während der Überschwemmung (Lauben, Zäune, Häuser)? Wie wirken sich die Garagenkomplexe im Überschwemmungsgebiet aus? Welche Schlussfolgerungen müssen für zukünftige Regelungen zur Lagerung von Schadstoffen in solchen Anlagen im Überschwemmungsgebieten (Farben, Öle, Benzin, Insektizide, Herbizide ...) getroffen werden? Sind tatsächlich alle nach 2002 neu gebauten bzw. sanierten Brücken hochwassersicher oder stellen nach wie vor einige Abflusshindernisse dar (Bsp. Radwegbrücke Mündung Weißeritz)? Welche Möglichkeiten der Eigenvorsorge wurden bisher nicht genutzt? Könnten ehrenamtliche Helferstrukturen, z. B. in Form von freiwilligen Hochwasserwehren, helfen? Die Einwohnerversammlung bietet die Gewähr, dass alle Anregungen und Hinweise erfasst und auch den Stadträten zur Kenntnis gegeben werden. Laut Sächsischer Gemeindeordnung muss die Oberbürgermeisterin zu Einwohnerversammlungen laden und diese leiten. Aufgrund des enormen Aufwandes halten wir es für angebracht, diese Aufgabe insofern zu erleichtern, dass den Ortsamtsleitern in Abstimmung mit dem OB-Büro die Einladung und Durchführung ermöglicht wird, ohne dass die Oberbürgermeisterin die Gesamtverantwortung bzw. die Versammlung ihre Verbindlichkeit verliert.

Selbstverständlich werden nicht alle interessierten Bürgerinnen und Bürger diese Termine wahrnehmen können. Es muss daher auch zusätzlich die Möglichkeit geboten werden, die aufgetretenen Probleme sowie die mit den Ereignissen verbundenen Erfahrungen auf dem Postweg oder online weiterzugeben.

Größere Aufmerksamkeit bei der Auswertung muss unbedingt den Kommunikationswegen und dem Freiwilligeneinsatz bei der Bewältigung der Flut gewidmet werden. Die Hauptakteure, die auch schon während der Flut begonnen haben, Kritik und Anregungen zu sammeln, stehen für einen Erfahrungsaustausch bereit. Diese möglichst offene Auswertung der Kommunikationswege, an der neben den Hauptakteuren im Netz Vertreter öffentlicher Medien und Stadtverwaltung teilnehmen sollten, muss nach Einschätzung der Einreicher von unabhängiger Seite moderiert werden. Stadtverwaltung und Politik haben hierbei mit dem Runden Tisch Schulnetzplanung positive Erfahrungen gesammelt, auf die zurückgegriffen werden sollte.

Thomas Löser
Fraktionsvorsitzender